

Bürgschaftserklärung

Der Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt
- im folgenden **Bürge** genannt –

übernimmt gemäß Beschluss des Kreistages vom XX.XX.XXXX, vorbehaltlich der Genehmigung des Regierungspräsidiums Darmstadt, für die Dauer von zehn Jahren eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 1.100.000,00 Euro für die Ansprüche, die der

Stadt- und Kreis-Sparkasse Darmstadt, Rheinstraße 10 – 12, 64283 Darmstadt
- im folgenden **Sparkasse** genannt –

aus der Gewährung eines Darlehens in Höhe von

2.750.000,00 EURO

(in Worten: zweimillionensiebenhundertfünfzigtausend/00 Euro)

gegen die AZUR GmbH, Arbeitsinitiative für Zerlegung und umweltgerechtes Recycling,
Rheinstraße 48, 64367 Mühlthal
- im folgenden **Hauptschuldner** genannt –

gemäß angehefteter Schuldurkunde vom 25.04.2016 und Zusatzvereinbarung vom 12.05.2016
zustehen oder noch zustehen werden.

Für die Übernahme der Bürgschaft gelten die nachstehenden Bedingungen:

1. Die Bürgschaft erstreckt sich auch auf etwaige am Fälligkeitstermin nicht bezahlte Zinsen und Kosten – diese umfassen auch Verzugszinsen, eine ggf. geschuldete Verfalligkeitsentschädigung, Kosten der Rechtsverfolgung und ggf. Kosten der Sicherheitenverwertung -.
2. Die Bürgschaft wird durch einen Wechsel in der Inhaberschaft des Hauptschuldners sowie durch eine Änderung der Rechtsform nicht berührt. Sie gilt neben etwaigen vom Bürgen abgegebenen sonstigen Bürgschaftserklärungen.
3. Die Sparkasse ist befugt, den Erlös von Sicherheiten und Zahlungen des Hauptschuldners oder anderer Verpflichteter zunächst auf den den Darlehensvertrag übersteigenden Teil ihrer Forderungen zu verrechnen.
4. Erklärungen der Sparkasse, die sich auf die Bürgschaft beziehen, sind schriftlich vorzunehmen. Die Einhaltung der Schriftform nach § 126 BGB ist dabei nicht erforderlich. Mündliche Mitteilungen sind nicht rechtswirksam. Die Sparkasse ist ferner verpflichtet für den Fall, dass der Hauptschuldner mit Zins-, Tilgungs- oder anderen Leistungen in Verzug gerät, dies und die Höhe der Rückstände innerhalb von 12 Monaten

nach Fälligkeit dem Bürgen schriftlich mitzuteilen. Kommt die Sparkasse dieser Mitteilungspflicht nicht nach, wird der Bürge von der Bürgschaftsverpflichtung für die nicht gemeldeten rückständigen Beträge befreit.

5. Der Ausfall in Höhe des noch nicht getilgten Darlehens zuzüglich Zinsen und Kosten gilt frühestens als festgestellt,
 - a) wenn und soweit die Zahlungsunfähigkeit des Hauptschuldners durch Zahlungseinstellung, Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder durch Abgabe der Eidesstattlichen Versicherung oder auf sonstige Weise erwiesen ist und nennenswerte Eingänge aus der Verwertung von Sicherheiten, die nach Maßgabe des mit dem Hauptschuldner abgeschlossenen Darlehensvertrages gestellt werden, oder aus der Verwertung des sonstigen Vermögens des Hauptschuldners nicht oder nicht mehr zu erwarten sind; zu den Sicherheiten, die vor Feststellung des Ausfalls zu verwerten sind, gehören auch etwaige weitere für das Darlehen gegebene Bürgschaften oder
 - b) wenn ein fälliger Zins- oder Tilgungsbetrag spätestens 12 Monate nach Zahlungsaufforderung nicht eingegangen ist.
6. Der Bürge hat für einen Ausfall, den die Sparkasse durch fahrlässiges Verhalten gegen den Hauptschuldner verschuldet hat, nicht aufzukommen.
7. Gerichtsstand für Klage aus der Bürgschaft ist Darmstadt.

Darmstadt, XX.XX.XXXX

Der Kreisausschuss des Landkreises
Darmstadt-Dieburg

Klaus Peter Schellhaas
Landrat

Christel Fleischmann
Erster Kreisbeigeordneter